

Was können wir im Europäischen Parlament bewirken?



Obwohl auch auf Bundestags- und auf EU-Ebene festgestellt wurde, dass der Einmarsch der Türkei in Afrin völkerrechtswidrig ist, wird unserem NATO-Partner Türkei kein Einhalt geboten.

Mehrere Konferenzen im Europaparlament haben sich bisher mit der EU, der Türkei, dem Mittleren Osten und den Kurden befasst, ohne dass Beschlüsse dazu auf die Tagesordnung des Parlaments kamen.

Wir wollen Menschen aus der Region Gehör verschaffen zu den Verbrechen und der Zerstörung, die die türkische Armee mit ihren islamistischen Verbündeten in Afrin verübt. Kurdische Politiker sollen aktiv und diplomatisch die Situation in Afrin in Menschenrechtsorganisationen, NGOs und ins Europäische Parlament einbringen können.

Wir als Bündnis C fordern:

- Die unverzügliche Beendigung der Besetzung Afrins durch die Türkei.
- Die Unterstützung der aktiven Rolle der Kurden und der multiethnischen Bevölkerung für den Frieden im Nahen Osten.
- Der Luftraum in Nordsyrien und im Nordirak muss für türkische Kampfflugzeuge geschlossen werden.
- Die Verbrechen türkischer Militärkommandanten und Milizionäre in Afrin müssen bei der internationalen Gerichtsbarkeit eingereicht werden, wie auch die Verbrechen des IS an den Jesiden in Sinjar.
- Aufgrund der Entscheidung des Gerichts der Europäischen Union vom 15. November 2018, dass die Aufnahme der PKK in die EU-Terrorliste 2014-2017 rechtswidrig war, muss die bisherige Politik gegenüber den kurdischen Freiheitsbewegungen überprüft werden.
- Die EEAS (EU-Auslandsdienst) muss die Selbstverwaltung in Nordost-Syrien (Rojava) anerkennen und mit ihr zusammenarbeiten und die Bildung einer Selbstverwaltung der Jesiden in Sinjar unterstützen.

Aus Deutschland darf es keine Rüstungsexporte in die Türkei mehr geben, solange die türkische Regierung ihre Politik der Aggression und Unterdrückung fortsetzt.



Wer wir sind

Bündnis C – Christen für Deutschland



Bündnis C hat sich als politische Partei einer Politik nach christlichen Grundsätzen verpflichtet und bringt sich damit ins politische Geschehen ein. Unseren politischen Lösungen liegen das biblische Menschenbild und die christliche Ethik zugrunde, die unsere Kultur und den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat von ihren Wurzeln her geprägt haben.

European Christian Political Movement (ECPM)



Bündnis C ist Mitglied der European Christian Political Movement. Wir haben uns zusammengeschlossen, um eine christliche Perspektive der Demokratie in Europa und darüber hinaus zu stärken und zu fördern.

Am 26. Mai 2019 tritt Bündnis C bei der Europawahl an.

Unsere Spitzenkandidaten Arne Gericke (Mitglied des Europäischen Parlaments) und Karin Heepen (Bundesvorsitzende Bündnis C) wollen die Abgeordneten der ECPM weiter im Europaparlament verstärken.



Es gibt bei der Europawahl keine Prozenzhürde. Ab 0,6% der Stimmen sind wir mit einem Sitz im EU-Parlament!

1 Jahr Besetzung Afrins durch die Türkei – 18. März 2019 –



Schluss mit der türkischen Besatzung in Afrin!



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle
Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe
Telefon: 0721-49 55 96
E-Mail: info@buendnis-c.de
Internet: www.buendnis-c.de



IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte liegen bei Bündnis C. Die Bildrechte liegen bei: S.1: Bertramz, Wikimedia Commons; S. 2: Voice of America News; Scott Bobb reporting from Afrin, Syria; S. 3: Qasioun News Agency; S. 4: AFP; S. 5: Clker-Free-Vector-Images; Foto: Sallux ECPM Foundation; S. 6: Christian Dorn auf Pixabay; Fotos: European Union 2018.



www.buendnis-c.de

Afrin vor der türkischen Invasion

Nach dem Rückzug der Pro-Assad-Regierungsgruppen aus Afrin im Jahr 2012 übernahmen die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) die Kontrolle in der Stadt.

2014 wurde unter dem Namen Rojava (Westkurdistan) eine Föderation der drei Kantone Afrin, Kobani und Jazira mit einer Demokratischen Selbstverwaltung (DSA) errichtet.

Unter Beteiligung aller Volksgruppen wurde hier der Grundstein für ein demokratisches Syrien gelegt. Die „Charta des Gesellschaftsvertrags“ von Rojava gründet auf demokratischen Werten, Pluralismus der Kulturen und Gleichheit der Geschlechter.

Unter schwierigsten Bedingungen wurde eine funktionierende Infrastruktur mit Schulen, Krankenhäusern, lokaler Polizei, einer Universität, Internet-Telefonnetz sowie Wasser- und Stromversorgung aufgebaut.

Afrin und Jazira blieben vom syrischen Bürgerkrieg weitgehend verschont. Die Region nahm in den vergangenen Jahren fast 1 Million Binnenflüchtlinge auf.

In der Vergangenheit waren in Afrin etwa 95 Prozent der Bevölkerung Kurden. Es lebten außerdem 20.000 bis 30.000 Jeziden, etwa 5000 Aleviten und 1200 Christen in der Region.

Afrin bot seinen Bewohnern und zahlreichen Flüchtlingen Schutz und galt als Hoffnung für den Aufbau einer stabilen und friedlichen Gesellschaft in der Kriegsregion.



Mit den Syrisch-Demokratischen Streitkräften (SDF) und der Unterstützung des US-Verteidigungsstruppen haben die YPG den Islamischen Staat (IS) in Nordostsyrien geschlagen. **Viele Kämpfer aus Afrin waren am Sieg über den IS beteiligt und haben damit auch zu unserer Sicherheit in Europa beigetragen.**

Afrin nach der Besetzung durch die Türkei

Die Region Afrin wurde am 18. März 2018 von türkischen Truppen eingenommen. Etwa 250.000 Menschen mussten fliehen. Sie leben in provisorischen Camps im Niemandsland zwischen Aleppo und Afrin in der Shahba Region, unter katastrophalen Bedingungen.

Etwa 100.000 Bewohner verblieben in der Stadt Afrin. Sie erhalten von den Besatzern einen Ausweis, der sie zum Ausländer macht. Sie werden systematisch eingeschüchtert, verhaftet, beraubt und vertrieben, ermordet. Kurdischen Familien werden die wirtschaftlichen Grundlagen entzogen.

Das türkische Militär zieht mit seinen Verbündeten der Freien Syrischen Armee (FSA) plündernd und brandschanzend durch die Dörfer. Häuser werden beschlagnahmt und Familien islamistischer Kämpfer aus anderen Teilen Syriens angesiedelt.

Zwischen 32 und 45 Schulen wurden abgerissen und 318 Schulen, Institute oder Universitäten geschlossen. **Mittels Zwangsarabisierung, Zwangstürkisierung und Islamisierung soll die Sprache, Kultur und nationale Identität der Kurden gezielt vernichtet werden.**

Jesiden, Christen und Aleviten wurden vertrieben, ihre heiligen Stätten und Kulturdenkmäler geplündert und zerstört. Die UNESCO hatte der Türkei zuvor die Koordinaten der historischen Orte in Afrin übergeben.

Die Infrastruktur wird zerstört. Mehr als 50.000 Tonnen Oliven hat die türkische Regierung nach der Ernte aus Afrin geraubt, uralte Olivenhaine entwurzelt oder abgebrannt. Es mangelt an Wasser, Nahrungsmitteln und Medikamenten.

Ein Landstreifen von 200 bis 500 Metern Breite und rund 150 Kilometern Länge wurde entlang der syrisch-türkischen Grenze entvölkert, die landwirtschaftlichen Flächen zerstört und die alten Kiefernwälder niedergebrannt.



Das Vorgehen der Türkei in Afrin kommt dem Völkermord des IS an den Jesiden in Sinjar gleich.

Deutschland finanziert die türkische Politik in Afrin mit

Kanzlerin Merkel verurteilte in einer Regierungserklärung im März 2018 das Vorgehen der Türkei in Afrin, Konsequenzen folgten daraus nicht. Beim Einmarsch der Türkei in Afrin waren deutsche Panzer und deutsche Waffen im Einsatz.

Über das „Europäische Zentrum für Kurdische Studien“ (EZKS) flossen aus Deutschland mehr als 800.000 Euro an den National-konservativen kurdischen Nationalrat (ENKS). Der ENKS ist der türkischen Regierung hörig, sitzt mit im Rat von Afrin, der von der Türkei eingesetzt wurde, und hat gegenüber der Brutalität des türkischen Staates in Afrin geschwiegen.

Wir sind erschüttert von der widerrechtlichen Annexion Afrins und dem Verderben, das die türkischen und islamistischen Truppen über die friedliche Region und die Menschen gebracht haben.

Mit der Petition „Stopp der türkischen Invasion in Afrin!“¹ hat Bündnis C Bundeskanzlerin Merkel und Bundesaußenminister Gabriel aufgefordert, ihren Einfluss auf die türkische Regierung geltend zu machen, um den Massakern ein Ende zu setzen.



Die Menschen in Afrin, die so viel in den Jahren des Bürgerkrieges in Syrien geopfert hatten, wurden im Stich gelassen. Viele sind nun selbst in Flüchtlingslagern oder werden von den türkischen Besatzern tyrannisiert. Es war uns ein Bedürfnis, angesichts des Versagens der deutschen Regierung ihnen unsere Solidarität zu zeigen.

Der türkische Präsident Erdogan droht Kurden und anderen Volksgruppen im Nordosten Syriens östlich vom Euphrat mit weiterem Krieg. Sind nur Putin oder Trump in der Lage, Erdogans Kriegen in Syrien ein Ende zu setzen?

Deutschland und Europa müssen verstehen, was in Afrin passiert ist, und dass sich die deutsche und europäische Außenpolitik grundsätzlich ändern muss. Statt Diktaturen wie die Türkei und den Iran zu besänftigen, setzen wir uns für fundamentale Freiheiten für alle Volksgruppen in der Region ein.

¹ <https://www.citizenngo.org/de/sy/150545-stopp-der-tuerkischen-invasion-afrin>